

Schwarz-gelb einen heißen Herbst bereiten. Sozialen Kahlschlag stoppen!

Die Wahl des neuen Bundespräsidenten am 30. Juni 2010 geriet nicht zum erhofften Neustart der schwarz-gelben Koalition, sondern markierte nur einen weiteren Höhe-, besser gesagt Tiefpunkt einer ewig schwelenden Regierungskrise. Demoskopisch spiegelt sich das miese Niveau des Merkel-Kabinetts aktuell im Dümpeln der CDU bei 30 Prozent wider, während die FDP bedrohlich auf den Abgrund der Fünf-Prozent-Hürde zuschwankt. Erstmals seit acht Jahren verfügt rot-grün bei der Sonntagsfrage wieder über eine Regierungsmehrheit, während DIE LINKE stabil bei 10 Prozent liegt.

Trotz des miserablen Zustandes der bürgerlichen Koalition sollte man deren Willen und Kraftanstrengung nicht unterschätzen, ihre angekündigte soziale Streichliste im Herbst umzusetzen. Die Bundesregierung will mit ihrem Kürzungspaket vor allem Erwerbslose, Geringverdienende und Familien die Zeche für die Finanzkrise zahlen lassen. Gespart werden soll bei denen, die ohnehin schon (zu) wenig haben. Zugleich will man mit der „Gesundheitsreform“ eine Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger noch stärker auch in diesem Bereich belasten und eine verkappte Kopfpauschale einführen.

Die schwarz-gelbe Kürzungspolitik treibt nicht nur die soziale Spaltung der Gesellschaft voran, sondern verschlimmert darüber hinaus insbesondere die katastrophale Finanzlage vieler Städte und Gemeinden. „Kommunen in Not!“ lautet daher die Überschrift eines unserer Flugblätter. Auch in Leipzig stehen wir mit Blick auf den Haushalt 2011 und einem derzeit absehbaren Defizit von 54 Millionen vor einer schwierigen Situation, die unserer Stadtratsfraktion in nächster Zeit viel Arbeit und politisches Fingerspitzengefühl abverlangen wird. Die dramatische Lage für

die größte sächsische Stadt wird im Übrigen auch dadurch sichtbar, dass eine Vergleichsstudie des Statistischen Bundesamtes in Wiesbaden vom Ende Juni Leipzig als bundesweite Armuts-hauptstadt ausweisen musste; mit einer amtlichen Quote von 27 Prozent Armutsgefährdung (2005 waren es noch

mit wurde zugleich in Leipzig von der LINKEN der Startschuss für die Protestaktionen gegen die schwarz-gelbe Regierungspolitik gegeben, die in den nächsten Wochen und Monaten natürlich noch viel an Dynamik gewinnen muss. Unter dem Motto „Sozialkahl-schlag stoppen!“ wird sich die gesamte Partei am Widerstandskampf gegen das Kürzungspaket beteiligen, dass direkt in der ersten Sitzungswoche des Bundestages (13.-17. September) das medial bestimmende Thema sein wird. Unsere Alternativen zur schwarz-gelben Kürzungspolitik sind bekannt:

- statt einer verfehlten Steuerpolitik fordert DIE LINKE eine Verbesserung der Einnahmesituation von Bund, Ländern und Gemeinden durch die sofortige Einführung einer Millionärssteuer, eine Bankenabgabe und eine Finanztransaktionssteuer sowie die Rücknahme der Steuerermäßigungen für die Hotellobby
- statt der einseitigen Belastung der Versicherten und einer verkappten Kopfpauschale fordern wir die Wiederherstellung der paritätischen Finanzierung des Gesundheitswesens und die Einführung der solidarischen Bürgerversicherung
- statt Rentenkürzungen und Altersarmut fordert DIE LINKE die Rücknahme der Rente ab 67 und eine gute Rente für alle Erwerbstätigen.

Lasst uns gemeinsam und mit der Kraft des gesamten Stadtverbandes dazu beitragen, dass die schwarz-gelben Sozialkahl-schlagspläne nicht im Sommerloch untergehen und wir der Bundesregierung einen heißen Herbst bereiten!



24 Prozent) ist mehr als jeder vierte Einwohner unserer Stadt von Armut unmittelbar bedroht.

Diese bittere Realität in Leipzig ist auch ein Resultat des Versagens der schwarz-gelben Koalition in Dresden, die seit Jahren die großen Städte systematisch finanzpolitisch benachteiligt. Nicht zuletzt aus diesem Grund führten am 9. August die vier Leipziger Landtagsabgeordneten Cornelia Falken, Monika Runge, Volker Külöw und Dietmar Pellmann im Rahmen der Sommer-Tour 2010 der Landtagsfraktion einen Aktionstag in der Petersstrasse durch. Da-

Neues von der AG Frieden und Gedenken

Seit der Gründung der AG Frieden und Gedenken im Frühjahr 2010 sind vielfältige Aktionen und Veranstaltungen aus Anlass des 65. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus durch Mitglieder der AG mit organisiert und vorbereitet worden. Die Teilnahme an diesen Veranstaltungen war in jedem Fall selbstverständlich.

Nach einer kurzen Sommer- und Urlaubsphase der eingeschriebenen sechs Mitglieder, ein Zugang im Monat Mai, sollen und werden weitere Aktionen vorbereitet.

Deutschland ist vor 65 Jahren vom Faschismus befreit worden, aber leider nicht von Kriegen. Diese Bundesrepublik Deutschland befindet sich seit dem Krieg im Kosovo länger in einem Krieg, als es je ein deutscher Staat zuvor war.

Die einzige Ausnahme in der deutschen Geschichte war die Deutsche Demokratische Republik. Das waren 40 Jahre Friedenspolitik im Sinne der Wi-

derstandskämpfer während des ersten und zweiten Weltkrieges und sicherlich auch im Sinne der unermüdlichen Friedensbewegungen in der früheren BRD. An diesen Traditionen wollen wir als AG anknüpfen und als ein weiteres Mosaik im September 2010 eine Radtour nach Wurzen über Bennewitz organisieren. Die Friedens-Radtour ist für den 25. September 2010 geplant.

Der Start ist am Mahnmahl in Abtaundorf vorgesehen. Die Route wird an Wegzeichen des Todesmarsches von Häftlingen aus Abtaundorf vorbeigeführt werden mit dem Ziel, am Geburtshaus von Albert Kuntz, dem Widerstandskämpfer und Kommunisten, zu gedenken und an ihn zu erinnern.

Danach soll nach Wurzen weitergefahren werden, um an der Büste von Albert gegebenenfalls mit Verwandten von Albert oder mit Zeitzeugen ins Gespräch zu kommen, wie seinerzeit der Kampf gegen Krieg organisiert worden war und welche Schlussfolgerungen wir

heute beherzigen sollten.

Ausklingen wird diese Tour dann letztlich mit einer kleinen Stärkung am Grill, damit die Teilnehmer, welche wieder zurückradeln wollen, nicht nach einem "Hungerast" diese Tour in schlechter Erinnerung behalten. Mit der Organisation dieser Radtour und weiterer in den folgenden Jahren kann möglicherweise am 4. Sonnabend im Monat September - ein Monat des Friedenskampfes, welcher ja bekannterweise am 1. September, dem Weltfriedenstag beginnt, würdig beendet werden.

Für weitere Anregungen zu dieser Fahrt und weiteren Aktivitäten im Laufe eines Jahres vom September bis August des folgenden Jahres, wird sich die AG am ersten Montag eines jeden Monats um 17:30 Uhr in der Braustr. 15 treffen.

Weitere Mitglieder für die AG sind erwünscht und werden herzlichst aufgenommen. Eine Mitgliedschaft in der Partei DIE LINKE. ist nicht zwingend.

Siegmond Mai

Sprecher der AG Frieden und Gedenken

Befreit die Liebe!

Bericht vom Leipziger CSD

Am 17. Juli 2010 fand in Leipzig der Christopher Street Day (CSD) statt. Der CSD geht auf Polizeiiübergriffe und Razzien gegen nicht-Heterosexuelle in New York im Jahr 1969 zurück. Um daran zu erinnern hat sich der CSD entwickelt, der seit Ende der 70er Jahre auch in Deutschland stattfindet.

Auch in Leipzig gibt es den CSD nun schon seit längerem. Neben den Demonstrationen finden Aktionswochen statt, in denen u. a. Workshops, Kulturveranstaltungen wie auch Lesungen angeboten werden.

Beim der disjährigen Demonstration zum Christopher Street Day haben sich die Linksjugend Leipzig und junge Mitglieder unserer Partei beteiligt. Es gab einen Infostand mit zahlreichem Material auf der Kundgebung am Nikolaikirchhof als auch den umgestalteten DIE LINKE-Wagen, der auf der Demonstration mitgefahren ist. Nach Angaben der Veranstaltenden haben sich rund 2.500 Personen an Kundgebung und Demonstration beteiligt. Das Motto lautete diesmal "Homophobie ist heilbar!" - eine Antwort auf all diejenigen,

die Homosexualität immer noch als "Krankheit" bezeichnen.

Am gleichen Tag fanden neben mehreren anderen CSDs in verschiedenen Städten zudem der Europride statt. Dieser quasi Europaweite-CSD fand dieses Jahr in Warschau und damit erstmals in einem osteuropäischen Land statt. Auch Mitglieder von DIE LINKE. Leipzig und der Linksjugend Leipzig waren vor Ort und mussten neben der großen Demonstration leider auch Nationalkonservative, Nazis und andere Homophobe erleben, die den Europride ver-

suchten zu stören.

Dabei soll allerdings nicht die Vermutung aufkommen, Homophobie in Europa sei ein osteuropäisches Problem. Sowohl in deutschen Großstädten wie auch in ländlichen Regionen finden nach wie vor gewaltsame Übergriffe statt - ganz zu schweigen von den üblichen Parolen an Stammtischen und Großraumdiscos. Auch institutionell werden nicht-Heterosexuelle immernoch benachteiligt. Egal ob es um Eheprivilegien oder das Adoptionsrecht geht: Von einer Gleichstellung, von einer Freiheit der Liebe, kann leider noch keine Rede sein. Noch.

Tilman Loos, Linksjugend Leipzig



Im „Sachsen-Sumpf“ blubbert es wieder. Aufklärung geht in nächste Runde

Ende Mai wurde vom Sächsischen Landtag auf der Basis eines gemeinsamen Antrages von LINKE, SPD und Grünen erneut die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses „Verantwortung der Staatsregierung für schwerwiegende Mängel bei der Aufdeckung und Verfolgung krimineller und korruptiver Netzwerke“ eingesetzt. Der „Sachsen-Sumpf“-Untersuchungsausschuss konnte bekanntlich in der letzten Legislaturperiode seiner Aufklärungsarbeit nicht im notwendigen Umfang nachgehen, weil er durch die CDU-geführte Staatsregierung in verfassungswidriger Weise ein Jahr blockiert wurde. Erst nachdem der sächsische Verfassungsgerichtshof den Weg frei gemacht hatte, konnten sich die Ausschussmitglieder mit Akten und Zeugen beschäftigen, aber insgesamt nur etwa ein Drittel des Untersuchungsauftrages abarbeiten. Während hochrangige CDU-Funktionäre und auch manche regierungsnahen Journalisten in der Vergangenheit nur „heiße Luft“ in dieser Affäre sahen, wurden durch den von Klaus Bartl geleiteten Untersuchungsausschuss, aber auch durch aufklärungswillige und recherchefreudige Medienvertreter, bereits eine Vielzahl von Ungereimtheiten aufgedeckt. Im Kern geht es um mögliche lokale korrupte Netzwerke, die allerdings nicht ohne Zuschauen der für ihre Bekämpfung auf Landesebene Verantwortlichen existieren konnte. Immerhin trug seinerzeit das Referat

„Organisierte Kriminalität“ des Landesamtes für Verfassungsschutz Akten im Umfang von 15.600 Seiten zusammen, bevor es im Frühjahr 2006 abgewickelt wurde.

Leipzig spielt (leider) im „Sachsen-Sumpf“ eine unrühmliche Schlüsselrolle. Insbesondere im Umfeld des illegalen Kinderbordells „Jasmin“ im Jahr 1993 und des Attentats auf einen LWB-Juristen im Jahr 1994 mit beinahe tödlichen Ausgang gab es zum Teil haarsträubende Entwicklungen; beispielsweise sitzen drei zu lebenslang Verurteilte noch immer in Haft, während die Hintermänner, die erwiesenermaßen zur Tat angestiftet hatten, straffrei davon kamen. Bis heute konnte und wollte man diese Merkwürdigkeiten von Seiten der Staatsregierung nicht aufklären. Ein typisches Beispiel der fortgesetzten Verschleppungs- und Verschleierungstaktik auch der jetzigen schwarz-gelben Koalition in Dresden ist beispielsweise der skandalöse Fakt, dass ein über 100 Seiten umfassender Sonderbericht des Sächsischen Rechnungshofberichtes zu massiven Gesetzesverletzungen beim Verkauf der Immobilie Riemannstrasse 52 an eine Münchner Rechtsanwältin über ein halbes Jahr dem Landtag vorenthalten wurde. Es sei nur am Rande vermerkt, dass im Nachbargebäude der Riemannstrasse 52, der Münzgasse 11, die besagte Münchner Rechtsanwältin jahrelang offiziell eine Wohnung

an einen Bordellbetreiber vermietet hatte; nur zwei Etagen über dem Bordell wohnte ein hochrangiger Leipziger Richter und spätere Ehemann der Anwältin, dessen mögliche Verstickungen ins Rotlichtmilieu im „Sachsen-Sumpf“ eine zentrale Rolle spielt. Auch diese Fragen könnten den Untersuchungsausschuss in seinen nächsten Sitzungen beschäftigen.

Wie massiv die Staatsregierung und die von ihr politisch gesteuerte Dresdner Staatsanwaltschaft trotz aller Lippenbekenntnisse im Übrigen gegen echte Aufklärungsbemühungen vorgehen, zeigt der Dresdner Journalistenprozess. Seit dem 1. April läuft am Amtsgericht Dresden das Strafverfahren gegen die beiden freien Journalisten Thomas Datt und Arndt Ginzel wegen zweiter Veröffentlichungen zu Thema „Sachsen-Sumpf“ im SPIEGEL und bei „ZEIT-online“. Die Klageschrift zielt dabei keineswegs auf den Kern der Beiträge, sondern auf eher nebensächliche Formulierungen und aufgeworfene Fragen. In den Augen des Deutschen Journalistenverbandes (DJV), der einen Freispruch fordert, ist das Verfahren „der Versuch der Einschüchterung von investigativ recherchierenden Journalisten“. Egal wie das voraussichtlich am 13. August verkündete Urteil lautet, wird sich der Landtagsuntersuchungsausschuss, dem die Leipziger Abgeordneten Monika Runge als ordentliches und Volker Külöw als stellvertretendes Mitglied angehören, auch diesem sächsischen „Sumpfgebiet“ ausführlich widmen.

Dr. Volker Külöw

Technikzentrum der LVB kracht in den Schlund des City-Tunnels - Leipziger LINKE empfiehlt Heiterblick statt Tunnelblick

Das geplante Technikzentrum der LVB steht bedrohlich auf der Kippe, erfahren LVZ-Leserinnen und -leser nach rund zehn Jahren Hindernisfahrt rund um das 86-Millionen-Euro-Vorhaben. Keine Frage, das Technikzentrum wird für Straßenbahnen und Busse in Leipzig dringend gebraucht. Wer würde gerade in diesen Tagen noch irgendeinen Zweifel hegen, wie wichtig die laufende solide Fahrzeugwartung für ein allzeit funktionierendes öffentliches Verkehrs-

system ist?

Keine Frage auch, Investitionen können scheitern. So viel Realitätssinn haben die Leipzigerinnen und Leipziger, wenn nur die Gründe halbwegs nachvollziehbar wären. Der nun eingeleitete Rückzug von der modernen Wartungsbasis bestätigt jedoch, was aus dem sächsischen Verkehrsministerium seit ein paar Monaten durchgestochen wird: Nicht gerüttelt wird am Leipziger City-Tunnel, egal wohin die Kosten jenseits

der Milliardengrenze noch enteilen. Der Rest aller Verkehrsvorhaben im Freistaat soll gefälligst mit dem Betrag auskommen, der nicht in die Leipziger Röhre gekippt wird. Deshalb kracht nun offensichtlich auch das Technikzentrum der LVB in den unersättlichen Schlund des City-Tunnels.

Derlei Machart von "Verkehrspolitik" ist für DIE LINKE nicht einmal ansatzweise hinnehmbar. Denn seit der Verweigerung von Fördermitteln für das Technikzentrum der LVB stimmt ja auch das Argument der Tunneleuphoriker nicht mehr, nämlich dass die Monsterröhre angeblich gebraucht wird, um alle Teile des öffentlichen Nahverkehrs in Leipzig

besser und kostengünstig aufeinander abzustimmen. Wie soll das gehen, wenn eines schönen Tages doch die eine oder andere S-Bahn durch den Tunnel rollt, an der Oberfläche der Großstadt aber verschlissene Betriebshöfe für Straßenbahnen und Busse längst dicht sind und die LVB zusehen kann, wo und zu welchen Kosten sie ihre Fahrzeuge gewartet kriegt?

Die Forderung kann deshalb nur lauten, den schamlosen Kostentreibern

beim Bau des City-Tunnels endlich rücksichtslos auf die Krallen zu hauen. Parallel dazu muss eine durchdachte Nahverkehrspolitik für den Freistaat Sachsen umgesetzt werden, die im Zusammenspiel verschiedener Verkehrsmittel zuverlässig klappt, einer modernen Wartung die nötige Aufmerksamkeit widmet, für alle Benutzer bezahlbar bleibt und ökologische Zeichen setzt. Mit einem solchen Ansatz ist Landesverkehrsminister Morlok (FDP)

bislang hoffnungslos überfordert. Er muss endlich seinen Tunnelblick aufgeben und Heiterblick, das geplante Technikzentrum der LVB, großzügig fördern. Regionalzüge im Tunnel, aber die LVB in der Sackgasse, wäre jedenfalls nicht nur der Super-GAU im Leipziger Nahverkehr, sondern vor allem die Super-FDP, die Super-Frontalbeschädigung durchdachter Politik.

Dr. Volker Külöw

Arbeitsprogramm AG Soziale Politik

2. Halbjahr 2010

I. Arbeitsberatungen:

Jeden 1. Dienstag, 18:00 Uhr, Liebknecht-Haus (Braustr. 15)

3. August; 7. September; 5. Oktober;
2. November; 7. Dezember

Thematische Schwerpunkte:

3. August:

- Wie kann der Widerstand gegen die rigorose Kürzung der Sozialleistungen organisiert werden? Gedankenaustausch über bündnispolitische und kommunalpolitische Möglichkeiten für Aktionsschwerpunkte gegen Sozialabbau – wie beteiligen wir uns am „heißen Herbst“?

- Lebenslagenreport Leipzig 2009 und Sozialreport Sachsen 2009 – Welche Überlegungen können daraus für unser

politisches Wirken gewonnen werden?

- 65. Jahrestag der Beendigung des II. Weltkrieges – Unser Beitrag zur Veranstaltung am 1.9. des IK „Leipzig gegen Krieg“ (Friedenspreis 2010)

7. September:

- Fortsetzung der Veranstaltungsreihe der AG b&g /AG Soziale Politik mit Leipziger Gewerkschaftsverbänden zur Rolle der Gewerkschaften heute
- Mobilisierung für europaweiten Aktionstag gegen Sozialkahl Schlag am 29. September

5. Oktober:

- aktive Teilnahme an den DGB-Aktionswochen vom 24. Oktober bis 13. November

- Kampf um Erhalt des Sozialtickets

2. November:

- Antifaschismus aktuell – Aktionen und Debatte

7. Dezember:

- Jahresrückblick und Arbeitsplan 2011

II. Programmdiskussion (gemeinsam mit AG b&g)

Teil V: Bündnispolitik

T: 24.08.2010, 18:30 Uhr (Liebknecht-Haus)

Präambel / Teil III: Demokratischer Sozialismus

T: September 2010

Petra Weißfuß
Sprecherin

Sommerfest

Am Samstag, dem 21. August 2010 findet ab 14 Uhr auf dem Gelände der Suedbrause am Connewitzer Kreuz in Leipzig das - nun schon traditionelle - 9. Multikulturelle Sommerfest der Gesellschaft für Völkerverständigung e. V. statt.

Wie immer werden eine Reihe bunt gemischter Darstellungen geboten. Zum zwanglosen Plaudern mit Akteuren und Gästen bieten sich vielfältig Gelegenheiten. Kulinarische Spezialitäten aus den verschiedensten Teilen unserer Welt runden das Ganze ab.

Gesellschaft für
Völkerverständigung e. V.

Ausstellung „Afghanistan - Das wahre Gesicht des Krieges“

Das Leben der afghanischen Bevölkerung und die zivilen Opfer des Krieges werden in Deutschland in der Debatte über Afghanistan zumeist ausgeblendet. Das hat sich auch nach dem Kunduz-Massaker am 4. September 2009 kaum geändert. Aus diesem Grund beschlossen die beiden Bundestagsabgeordneten der Partei DI ELINKE Christine Buchholz und Jan van Aken vom 29. Januar bis 3. Februar 2010 zu reisen, um mit Hinterbliebenen und Opfern des von der Bundeswehr befohlenen Luftschlages zu sprechen. Die beiden Abgeordneten machten sich aber auch ein umfassenderes Bild von der Situation im Land und sprachen auch mit Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr.

Im Sitz der Leipziger LINKEN, dem Liebknecht-Haus (Braustraße 15), wird unter der Überschrift „Afghanistan – Das wahre Gesicht des Krieges“ eine Ausstellung gezeigt, die auf neun thematischen A1-Plakaten die gegenwärtige Situation im Land am Hindukusch in eindrucksvollen Fotos und ausführlichen Texten eindringlich beschreibt. Die Themenplakate widmen sich jeweils einzelnen Aspekten des Krieges; insbesondere wird den Opfern des Kunduz-Bombardements endlich Gesicht und Stimme gegeben („Wäre ich nicht arm, hätten wir kein Benzin gebraucht“). Zur Ausstellung gibt es auch ein 16seitiges kostenloses Begleitheft, das vor Ort erhältlich ist.

Kultu(h)r tickt anders!

Wer sich am 31. Juli fragte woher die laute Musik in Connewitz, der Südvorstadt, Lindenau und dem Zentrum kommt hat offensichtlich etwas verpasst: Die Global Space Odyssee 2010.

Seit mittlerweile 10 Jahren gibt es die Global Space Odyssee als kulturpolitische Demonstration nun in Leipzig. Verschiedene Kulturschaffende, gemeinnützige Vereine, prekarierte Künstler/innen, und Freiraumnutzer/innen tragen auf der GSO ihre Forderungen auf die Straße.

Die GSO ist jedoch keine Demonstration wie jede andere, sondern eine schwungvolle Mischung aus Parade, Demo und Musikevent. Insgesamt 17 Wagen heizten den über 3.200 Teilnehmenden auch dieses Jahr ein. Mitten drin: Der Wagen der Linksjugend Leipzig. Neben der Musik vom Wagen kamen vor allem die Gestaltung des 7,5-Toners und die Kostüme der Linksjugend gut bei den anderen Teilnehmenden an. Mit dem goldverkleideten Fahrzeug und römisch aussehenden Hedonist/innen (inklusive Togas, Lorbeerkränzen und unzähligen Weintrauben) wurde das Gerede von angeblicher "spätromischer Dekadenz" satirisch aufgenommen und umgedeutet.

Diesmal stand die GSO selbst unter dem Motto "24/7 - Kultu(h)r tickt an-

ders". Mit 24/7 sind die 24 Stunden am Tag und die 7 Tage in der Woche gemeint, in denen die Menschen leben - und Kultur aufnehmen, herstellen, anbieten und nutzen. Gleichzeitig sind viele freie Kulturschaffende aber auch 24 Stunden am Tag und 7 Tage die Woche eingeeignet vom permanenten Konkurrenz- und Leistungsdruck und abhängig von den Zugeständnissen der Bürokratie. "Die Freiheit der selbstbestimmten Kreativität endet dort, wo es um die materielle Existenz geht." heißt es deshalb auch im Aufruf für die GSO 2010 - nicht zuletzt um auf die prekäre Situation der vielen Kulturproduzierenden aufmerksam zu machen. Doch auch die Millionenkürzungen

der schwarz-gelben Staatsregierung werden in den Blick genommen und von den Veranstaltenden kritisiert. Im Aufruf hieß es dann auch: "Die Freiheit, die wir meinen, ist verbunden mit der Idee von Gerechtigkeit und Solidarität. Denn Gesellschaft kann auch anders funktionieren. Wenn Menschen ihre Fähigkeiten frei entfalten könnten, wenn der Druck des kapitalistischen Diktates, der Druck, sich und seine Arbeitskraft für so viele überflüssige Dinge zu Markte zu tragen, verschwinden würde, könnte das Leben einfacher und schöner sein." Dem haben wir uns mit unserer Beteiligung gerne angeschlossen und freuen uns schon auf die Global Space Odyssee 2011.

Gernot Gellwitz, Linksjugend Leipzig



Fraktion vor Ort: "DIE ZUKUNFT IST ERNEUERBAR!"

Die Sachsen-Tour der erneuerbaren Energien der Landesgruppe Sachsen, DIE LINKE im Bundestag macht am **1. September 2010** Station in Leipzig.

U.a. mit dabei die Bundestagsabgeordneten: Eva Bulling-Schröter, Dorothee Menzner, Dr. Axel Troost, Dr. Barbara Höll

10:00 bis 16:30 Uhr Infobesuch bei der Strombörse "European Energy Exchange" und beim Deutschen Biomasseforschungszentrum *anschließend Infobesuch im Solarpark Waldpolenz bei Brandis

ab ca. 13:00 Uhr

Fraktion vor Ort: Infomobil der Fraktion DIE LINKE im Bundestag in der Petersstraße in der Leipziger Innenstadt zu Gast

ab 18:30 Uhr

Podiumsdiskussion: "DIE ZUKUNFT IST ERNEUERBAR - ohne Kohle- und Atomstrom!"

u.a. mit: Dorothee Menzner (MdB), Energiepolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion Dr. Barbara Höll (MdB), Leiterin des Arbeitskreises Wirtschaft, Finanzen, Steuern, Energie und Umwelt der Bundestagsfraktion Tazio Müller, Sprecher von "Climate Justice Action" und Mitglied des Klima!Bewegungsnetzwerk "Gegenstrom" Berlin (angefragt)

Moderation: Michael-Alexander Lauter, ADELE/ LAG Ökologie

Ort: Ratstonne in der Moritzbastei, Universitätsstraße 9, Leipzig

Veranstalter: DIE LINKE im Bundestag, Landesgruppe Sachsen

Ein Buslinienkonzept für die Zukunft - Stadtrat beschloss Busnetzreform für das Stadtgebiet Leipzig

Es waren nicht nur Sparzwänge und die Suche nach effizienteren Lösungen, welche die Leipziger Verkehrsbetriebe (LVB) veranlasst hatten, ihr Busnetz auf den Prüfstand zu stellen. Vielmehr galt es, völlig neuen, aber auch wegfallenden S-Bahnverbindungen Rechnung zu tragen und - trotz eines beispielhaften dichten Straßenbahnnetzes - durch ein verändertes Busnetz bisher nicht ausreichend erschlossene Stadt- und Ortsteile besser an den öffentlichen Nahverkehr anzubinden.

Nur selten haben die LVB selbst einen so breiten Dialog mit den Bewohnern Leipzigs mit einer Vielzahl von Foren gesucht. Sie stellten ihren Entwurf auch in Fachausschüssen, Fraktionen sowie in Stadtbezirks- und Ortschaftsräten vor. In die Debatte brachten sich ebenso Wohnungsunternehmen mit konkreten Vorschlägen ein. Auch der Fraktionsarbeitskreis 3 beschäftigte sich intensiv mit dem Konzept. Die Sicherung der Mobilität für alle, so auch durch das Sozialticket und ein entsprechendes ÖPNV- und Radwegenetz, ist ein wichtiges Anliegen im Kommunalwahlprogramm 2009 der Partei DIE LINKE. Aber solche intensiven Debatten und

große Umfänge von Konzepten haben oftmals zur Folge, dass dann die Zeit für parlamentarische Aktivitäten knapp wird. Um der LVB und der Stadtverwaltung Zeit zur Prüfung und vor allem der Übernahme von Änderungsvorschlägen einzuräumen, reichte ich eigene Ergänzungsanträge ein, die Anliegen aus Foren und aus Gesprächen aufgriffen. Sie sollten im Beschluss zum Buskonzept nicht nur „zur weiteren Prüfung“ enthalten sein, sondern mit der Einführung des neuen Netzes zum Jahresende bereits umgesetzt werden. Drei meiner vier Vorschläge wurden von der Verwaltung übernommen und bedurften im Stadtrat keiner großen Debatte und Abstimmung.

Es gehört zu den Herausforderungen in Gegenwart und Zukunft, dass es vor dem Hintergrund des sozialen und demographischen Wandels, der Entwicklung von Wirtschaft und Touristik, Messe, Ausstellungen und Kongressen, Bildung, Kultur, Wissenschaft und Forschung sowie Dienstleistungen und eines sich entwickelnden attraktiven Umlandes zur aktiven Freizeitgestaltung eines abgestuften Öffentlichen Personennah- und Regionalverkehrskonzeptes im Rahmen des Mitteldeutschen Verkehrsverbundes bedarf. Dabei soll der Verbund der Großstädte Leipzig und Halle mit ihrem Umland Herz und Motor der Metropolregion Mitteldeutschlands grenzüberschreitend zwischen Sachsen-Anhalt, Thüringen und Sachsen zu werden. Deshalb ging es in dem von der Verwaltung übernommenen strategischen Ergänzungsantrag zur Zukunft des Leipziger ÖPNV- und Regionalnetzes um eine gezielte Herausbildung und Förderung der verschiedenartigen Vorzüge und der Verknüpfung von S-Bahn- und Stadtbahnliniennetz, von Straßenbahn- und Busliniennetz sowie ergänzende Quartierbuslinien.

Schnellbahnnetz mit S-Bahn- und Stadtbahnlinien

Auf diesem Netz wird schnell ein großes Fahrgastaufkommen zu Zielen in der Gesamtstadt und Region auf

Haupttrassen befördert. Weiter zu entwickeln sind dabei die Stadtbahnlinien auf möglichst durchgängigen separaten Trassen der LVB. Denkbar wäre zukünftig auch eine gemeinsame Nutzung von LVB-Stadtbahn und S-Bahntrassen. Unabhängig davon, wie man zum teuren City-Tunnel steht, wird er mit seiner Fertigstellung einen Fahrgästeschub bewirken und direkt die nördliche mit der südlichen Innenstadt durch das Stadtzentrum hindurch verbinden, einschließlich der Möglichkeit des Halts von Regionalzügen. Da ein mit Berlin vergleichbares S-Bahn-Netz in Leipzig nicht nur wegen der weitaus geringeren Einwohnerzahl, sondern auch aus stadträumlichen Gründen nicht entstehen wird, kommt der ohnehin preisgünstigeren weiteren Entwicklung des Leipziger Stadtbahnnetzes eine besondere Bedeutung zu.

Straßenbahn- und Busliniennetz bleiben das Rückgrat des Leipziger ÖPNV. Während die Straßenbahn auf wichtigen Radialen und Tangenten ein größeres Fahrgastaufkommen befördert, wird durch die zahlreichen Buslinien bedarfsgerecht das geringere Fahrgastaufkommen in zahlreichen randstädtischen Ortsteilen bewältigt sowie Stadtteile tangential verbunden und dabei Auwaldgebiete durchfahren. Nunmehr sollen bisher nicht oder nur unzureichend erschlossene oder neu entstandene Siedlungsbereiche durch Buslinien eingebunden werden. Dieser Ansatz einer noch besseren Vernetzung von Straßenbahn- und Buslinien wird unterstützt, darf aber nicht alternativlos zu Lasten bereits gut erschlossener Stadtteile gehen.

Ergänzenden Quartierbuslinien reagieren auf sozio-demografischen Wandel

Bei geringem Fahrgastaufkommen können Quartiersbuslinien Zubringerdienste zu den Umsteigehaltestellen von S- und Stadtbahn sowie zu Straßenbahn und Bus erfüllen und Wohnquartiere verbinden. Vor dem Hintergrund der sozio-demographischen Entwicklung einer älter werdenden Bevölkerung und Zuzug älterer Jahrgänge sowie junger Familien und Singles aller Altersgruppen in randstädtische Großsiedlungen gewinnen Quartiersbuslinien

„Sparen allein ist noch keine Politik“

Diskussionsabend zu aktuellen Haushaltspolitischen Fragen im Bund und Land mit:

Michael Leutert, (MdB), Mitglied im Haushaltsausschuss für DIE LINKE im Bundestag und Sebastian Scheel (MdL), Haushalts- und finanzpolitischer Sprecher DIE LINKE im Sächsischen Landtag

Zeit: 22. September 2010, 18:30 Uhr

Ort: Soziokulturelles Zentrum Frauenskultur e.V Windscheidstr. 51

zunehmend an Bedeutung. Sie verbinden begehrte Wohnquartiere, die über bezahlbare und im Zuschnitt bedarfsgerechte Wohnungsangebote verfügen, mit den Kultur-, Bildungs-, Sport- und Freizeiteinrichtungen, mit Außenstellen der Stadtverwaltung oder Handels- und Gesundheitseinrichtungen. Deshalb griff ich in einem dann übernommenen Ergänzungsantrag den Vorschlag auf, die Abkürzung der Buslinie 90 durch die Volksgartenstraße in Schönefeld-Ost und die dadurch wegfallende Bedienung von Haltestellen in der Bautzner Straße, der Bertolt-Brecht-Straße und der Bästleinstraße abhängig zu machen von der Einführung der Quartiersbuslinie 77, die ab Gorkistraße das Wohngebiet Schönefeld-Ost durchquert und die Leonhard-Frank-Straße in Sellerhausen ansteuert. Die Einrichtung der alternativ vorgeschlagenen Quartierbuslinie 77 ist zukunftsgerichtet und erforderlich, um trotz längerer Taktzeiten das D-Stadtteilzentrum Permoser Straße/Bästleinstraße mit Schule, Kreativkindergarten, Ärztehaus und Supermarkt direkt mit dem Bus zu erreichen, einschließlich eines Umsteigepunktes an der Gorkistraße. Eine weitere wichtige Verbesserung entsteht durch die Anbindung der Wohnquartiere beidseits der Leonhard-Frank-Straße in Sellerhausen.

Hier wohnen ebenfalls zahlreiche ältere Bürgerinnen und Bürger, die damit das Stadtteilzentrum Permoser Straße/Bästleinstraße erreichen. Gleichzeitig wird der nach Inbetriebnahme des City-Tunnels entfallende S-Bahn-Haltepunkt Sellerhausen kompensiert.

Quartiersbuslinie Grünolino soll kommen

Eine Verschlechterung bedeutet die Verkürzung der Linien 2 zwischen Endstelle Lausen und Grünau-Süd sowie der Straßenbahnlinie 8 zwischen Miltitz und Grünau-Nord. Ein weiterer als neu formulierter und übernommener Ergänzungsvorschlag sieht nunmehr vor, die Linie 2 in den Sommermonaten an den Wochenenden als Verstärkung bis Endstelle Lausen an den Kulkwitzer See zu führen. Der zweite Vorschlag in diesem Ergänzungsantrag zur Einführung der vom Grünauer Klub der Nachdenklichen entwickelten Idee einer „Grünolino“-Quartiersbuslinie als reguläre Buslinie bei einer ausreichenden finanziellen Beteiligung von Sponsoren wurde zu-nächst abgelehnt. Trotzdem besteht die gemeinsame Zielstellung von LVB, Quartiersmanagement und Sponsoren, diesen Linienverkehr doch noch ab Dezember diesen Jahres sogar mit zwei Bussen im Gegenverkehr in

Grünau aufzunehmen.

Effizienz ermöglicht zahlreiche Verbesserungen

Hervorzuheben sind die zahlreichen, von den LVB selbst vorgeschlagenen, Verbesserungen im Busliniennetz, für die stellvertretend nur die Linie 74 erwähnt werden soll. Sie kann durch die Inbetriebnahme der direkten Straßenverbindung zwischen Kurt-Eisner-Straße in der Südvorstadt und der Semmelweisstraße in Zentrum Südost eingerichtet werden. Diese Buslinie bringt für Bewohner aus den südlichen Grünauer Wohnquartieren, aus Kleinzschocher und Schleußig so-wie dem Inneren Süden, welche mit Straßenbahn und Bus in den Bereich Deutscher Platz und Altes Messegelände wollen, eine Zeitersparnis gegenüber dem Umweg über den Bayrischen Platz mit der Buslinie 60. Die „60“ wird für die Sicherung der Mobilität in Zentrum-Süd und -Ost in der jetzigen Streckenführung weiterhin benötigt und wird mit der Verlängerung in das Duncervierviertel eine weitere langjährige Bedarfslücke schließen.

Siegfried Schlegel
Sprecher für Stadtentwicklung

ARGE Leipzig nutzt ihre Mittel nicht aus – ein skandalöser Zustand

Wie aus der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage 17/1817 der Fraktion DIE LINKE im Bundestag ersichtlich ist, hat die ARGE Leipzig die ihr zugewiesenen Mittel für Verwaltungskosten in den Jahren 2008 und 2009 nicht ausgeschöpft und damit erhebliche Finanzmittel verfallen lassen. So wurden von der ARGE Leipzig im Jahre 2008 von den vom Bund für die Verwaltungs- und Personalkosten zugewiesenen Mittel ganze 1.986.744,20 EURO und im Jahre 2009 sogar 4.080.723,64 EURO nicht genutzt.

Damit hält die ARGE Leipzig wieder einmal eine negative Spitzenposition in Sachsen. Viele ARGE'n schafften es hier hingegen, ihre Mittel für den Verwaltungshaushalt voll auszunutzen. Die anderen, die die Gelder ebenfalls nicht

voll ausnutzten, lagen zudem weit unter dem Betrag der ARGE Leipzig.

Völlig unverständlich ist dieses Verhalten der ARGE Leipzig vor allem vor dem Hintergrund, dass auf Kritik an langen Bearbeitungszeiten von Leistungsbescheiden und Widersprüchen dieser Missstand immer wieder mit der dünnen Personalausstattung erklärt wurde. Wer aber in 2009 über vier Millionen EURO an Verwaltungsmitteln nicht ausschöpft, hat mit Sicherheit das Recht verloren, über eine mangelnde Personaldecke zu jammern.

Nachdem schon letztes Jahr bekannt wurde, dass die ARGE im Jahre 2008 etwa 6,6 Millionen EURO an Mitteln zur Beschäftigungsförderung nicht genutzt hatte, zeigt sich nun, dass auch bei den Personal- und Verwaltungskosten

die ARGE zulasten der Erwerbslosen in Leipzig miserabel wirtschaftet. Denn mehr Personal bedeutet neben schnelleren Bearbeitungszeiten schließlich auch bessere Vermittlungschancen für Erwerbslose.

Nicht zuletzt muss sich auch der Oberbürgermeister fragen lassen, wie er als leitendes Mitglied der Trägerversammlung so auf die ARGE einwirken will, dass sie die vom Bund zugeteilten Mittel für ihren Verwaltungshaushalt in Leipzig zukünftig besser ausnutzt. Schließlich zahlt auch die Stadt einen gehörigen Batzen Geld in den Verwaltungshaushalt der ARGE ein. Diese Frage werden wir dem OBM nachdrücklich stellen.

Pia-Naomi Witte
Sozialpolitische Sprecherin

Regelmäßige Termine

Beratung der Ortsvorsitzenden und Sprecher der Zusammenschlüsse

3. Dienstag, 18:30 Uhr

AG Antifa

mittwochs, 19:00 Uhr, linxxnet

AG Behindertenpolitik

3. Dienstag, 15:00 Uhr, Wahlkreisbüro MdL Dr. Pellmann, Stuttgarter Allee 16

AG Betrieb & Gewerkschaft

2. Donnerstag, 18:30 Uhr

AG Cuba si

2. Dienstag, 18:00 Uhr

AG Junge GenossInnen

1. Mittwoch, 18:30 Uhr

AG Kunst und Kultur

letzter Donnerstag, 18:00 Uhr

AG Linke UnternehmerInnen

3. Mittwoch, 19:00 Uhr, Bürgerbüro MdB Dr. Höll und MdL Dr. Runge, Gorkistraße 120

AG Lisa

1. Dienstag, 18:30 Uhr

AG Senioren

1. Donnerstag, 9:00 Uhr

AG Soziale Politik

1. Dienstag, 18:00 Uhr, LHL.

GBM e. V. – Sprechstunden

1. Montag, 9:15 bis 11:15 Uhr

GRH e. V. – Sprechstunden

3. Mittwoch, 15:00 Uhr

ISOR e. V.

4. Mittwoch, 16:00 Uhr, Messemagistrale, Straße des 18. Oktober 10 a

Ökologische Plattform

jeden 1. Mittwoch, 19:00 Uhr

Marxistisches Forum

jeden 1. Dienstag, 18:00 Uhr

Rentenberatung

nach telefonischer Vereinbarung

Die Linke.SDS

dienstags, 19:00 Uhr, Geisteswissenschaftliches Zentrum, Raum 5.015, Beethovenstraße 15

Stadtvorstandssitzung

jeden 2. Dienstag, 19:00 Uhr

Alle Veranstaltungen ohne Ortsangabe finden im Liebknecht-Haus (LHL) statt. Das linxxnet befindet sich in der Bornaischen Straße 3 d. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) hat ihren Sitz in der Harkortstraße 10.

Terminvorschau

Di., 24. August 2010 - 12:30 Uhr

Bürgersprechstunde mit Stadträtin Dr. Skadi Jennicke, Bürgerbüro MdL Cornelia Falken, Coppistraße 63.

Mo. 30. August 2010 - 16:00 Uhr

Bürgersprechstunde mit Stadtrat Sören Pellmann, Wahlkreisbüro Grünau, Stuttgarter Allee 16.

Di., 31. August 2010 - 17:00 Uhr

"Liederliches Leipzig" - Geschichten, eigene Gedichte und Lieder zu Leipzig mit Peter R. Völker, Bürgerbüro MdL Cornelia Falken, Coppistraße 63.

Mi., 1. September 2010 - 16:00 Uhr

Ausstellungseröffnung: "Afghanistan - Das wahre Gesicht des Krieges". Bürgerbüro MdL Dr. Volker Külow, Georg-Schwarz-Str. 8.

Mi., 1. September 2010 - 16:00 Uhr

Kranzniederlegung und Ehrung der Opfer der nationalsozialistischen Militärjustiz, Ostfriedhof.

Mi., 1. September 2010 - 17:00 Uhr

Veranstaltung zum Weltfriedenstag, Nikolaikirchhof.

Mi., 1. September 2010 - 18:00 Uhr

Bürgersprechstunde mit Stadträtin Carola Lange, Bürgerverein Volkmarisdorf, Konradstraße 60 a.

Do., 2. September 2010 - 9:00 Uhr

Beratung der AG Senioren zum Thema: "Vorsorge für Alter und Krankheit", mit einer

Vertreterin der AOK-Sachsen, LHL.

Do., 2. September 2010 - 18:00 Uhr

Trotzki heute - Forum zum 70. Jahrestag seiner Ermordung mit Prof. Ekkehard Lieberam, Prof. Ingo Wagner und Dipl. phil. Siegfried Kretzschmar, Bürgerbüro MdL Cornelia Falken, Coppistraße 63.

Di., 7. September 2010 - 12:30 Uhr

Bürgersprechstunde mit Stadträtin Dr. Skadi Jennicke, Bürgerbüro MdL Cornelia Falken, Coppistraße 63.

Di., 7. September 2010 - 18:00 Uhr

Marxistisches Forum: Gegenwärtige Probleme der Bildung und Bildungspolitik mit MdL Cornelia Falken, LHL.

Do., 9. September 2010 - 15:00 Uhr

Bürgersprechstunde und Sozialberatung mit dem Landtagsabgeordneten Dr. Dietmar Pellmann, Bürgerbüro MdL Dr. Dietmar Pellmann, Stuttgarter Allee 16.

Sa., 11. September 2010 - 10:00 Uhr

Tag der Erinnerung, Mahnung und des Gedenkens, Südfriedhof.

Sa., 11. September 2010 - 20:00 Uhr

Filmabend der AG Junge GenossInnen. Gezeigt wird der Film: "World Trade Center". Der Eintritt ist frei. LHL.

Mo., 13. September 2010 - 19:00 Uhr

Dokfilm: Der rote Elvis - zum Leben von Dean Reed, Bürgerbüro MdL Cornelia Falken, Coppistraße 63.

Di., 14. September 2010 - 16:00 Uhr

Bürgersprechstunde mit MdL Dr. Volker Külow und Stadträtin Pia-Naomi Witte, Bürgerverein Leutzsch e. V., Georg-Schwarzstraße 138.

Mo., 20. September 2010 - 17:00 Uhr

Lesung: Das Drama der Erde - Dr. Cornelia Richter liest Verse zu Umweltproblematik aus ihrem Werk "Die Prophezeiung", Bürgerbüro MdL Cornelia Falken, Coppistr. 63.

Mi., 22. September 2010 - 18:00 Uhr

Bildungsabend: Das schwarz-gelbe Sparpaket und die linke Alternative, Diskussionspartnerin: Dr. Barbara Höll, MdB, Stadtteilzentrum Messemagistrale, Straße des 18. Oktober 10 a

Do., 23. September 2010 - 15:00 Uhr

Bürgersprechstunde und Sozialberatung mit dem Landtagsabgeordneten Dr. Dietmar Pellmann, Wahlkreisbüro Stuttgarter Allee 16.

Hartz IV
Notruftelefon
01578 - 352 20 14
Mo. bis Sa.
8:00 bis 20:00 Uhr

Impressum:

Herausgeber: DIE LINKE. Stadtvorstand Leipzig, Braustraße 15, 04107 Leipzig, fon: 0341 - 14 06 44 11, fax: 0341 - 14 06 44 18, web: www.die-linke-in-leipzig.de, email: vorstand@die-linke-in-leipzig.de

Spendenkonto: Sparkasse Leipzig, Konto-Nr.: 11 25 50 42 22, BLZ: 860 555 92

Redaktion: Steffi Deutschmann, Christine Halle, Andreas Kermer, Christina Mertha, Sören Pellmann (V.i.S.d.P.)

Gestaltung: Sören Pellmann

Druck: Stadt Leipzig

Das Mitteilungsblatt erscheint monatlich. Redaktionsschluss für die Nummer 9/2010 ist Donnerstag, 9. September 2010. Namentlich gezeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Falle der Meinung der Redaktion. Die Redaktion behält sich sinnerhaltende Kürzungen vor.